

04.06.2012

## Proteste

## Türkische Abtreibungsgesetze vor Verschärfung



**Nachdem der islamisch-konservative Ministerpräsident der Türkei Recep Tayyip Erdogan Schwangerschaftsabbruch als Mord bezeichnete und mit einem Massaker an Zivilisten verglich, wird nun ein neuer Gesetzesentwurf zur Verschärfung bestehender Abtreibungsregeln ausgearbeitet. In Istanbul kam es zu Protesten und eine Reaktion gab es auch aus Österreich.**

Der Schwangerschaftsabbruch ist in der Türkei seit 1983 innerhalb der ersten zehn Wochen legal. Nun soll die Frist von der zehnten auf die vierte Schwangerschaftswoche verkürzt werden. Außerdem soll dies nur mehr in medizinischen Notfällen zugelassen werden. In Österreich ist der Schwangerschaftsabbruch vergleichsweise länger möglich - bis zum 3. Monat ist eine Abtreibung nach der Beratung von einem Arzt erlaubt. Diskutiert wird in der türkischen Regierungspartei AKP zurzeit noch, ob Abtreibungen nach einer Vergewaltigung verboten werden.

In Istanbul protestierten am Sonntag Hunderte gegen die geplanten schärferen Abtreibungsgesetze. Demonstrantinnen trugen Transparente, auf denen zu lesen war: „Mein Körper, meine Entscheidung“. Ein Zusammenschluss von verschiedenen Frauenverbänden verfasste einen offenen Brief an den Ministerpräsidenten Erdogan. Darin forderten sie ihn auf, den Körper der Frauen nicht für die Politik zu benutzen und bezeichneten dies als großen Rückschritt des Landes. Stattdessen sollte in Schulen und anderen Institutionen lieber besser über Verhütung informiert und mehr in die Bildung von jungen Mädchen investiert werden.

Die SPÖ-Nationalratsabgeordnete Petra Bayr, kritisierte den Plan der türkischen Regierung aufs Schärfste. „Diese Gesetzesänderung bedeutet eine klare Beschneidung der Frauenrechte. Außerdem ist sie absurd, weil viele Frauen in den ersten vier Wochen der Schwangerschaft noch gar nicht wissen, dass sie schwanger sind“, so Bayr. Weiters betonte sie, dass „restriktive Gesetze Schwangerschaftsabbrüche nicht verhindern. Sie treiben Frauen in die Illegalität und setzen sie so einer massiven gesundheitlichen Gefahr aus. Schwangerschaftsabbrüche, die außerhalb des gesetzlichen Rahmens, meist durch nicht ausreichend geschultes Personal in nicht ausreichend medizinisch ausgestatteten Räumlichkeiten stattfinden, sind eine Bedrohung für die Gesundheit und das Leben der Frauen.“

Rebecca Jelenko

Foto: shutterstock.com